

Motion

Farah Rummy, Nationalrätin SP (SO)

Ausbau der politisch-diplomatischen und der zivilgesellschaftlichen Friedensförderung im Sudan

Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Anstrengungen zur Friedensförderung im Sudan sowohl auf multilateraler Ebene als auch zivilgesellschaftlich deutlich auszubauen und in enger Abstimmung mit internationalen Partnern neue Initiativen für Gewaltminimierung, Vertrauensbildung und politische Konfliktlösung anzustossen.

Begründung

Im Sudan und den umliegenden Ländern gibt es starke zivilgesellschaftliche Kräfte, die für eine Verminderung der Gewalt, Vertrauensbildung und eine politische Konfliktlösung eintreten. Der Bundesrat ist aufgerufen, im Rahmen einer Track 2 und Track 3 Offensive diesen potenziellen Trägern einer nachhaltigen und gerechten Friedensordnung vor Ort mehr Unterstützung zukommen zu lassen und deren Bedürfnisse zur Grundlage seiner Bestrebungen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen auf multilateraler Ebene zu machen.

Eine Diplomatie, die kaum auf die konkreten Bedürfnisse der Friedenskräfte vor Ort eingeht, dürfte demgegenüber weiterhin zum Scheitern verurteilt sein. Trotz zahlreicher diplomatischer Bemühungen ist ein Ende des Bürgerkriegs in Sudan jedenfalls nicht in Sicht. Im August 2024 fanden in Genf zwar Gespräche über einen Waffenstillstand statt. Sie wurden jedoch hauptsächlich von den USA geführt, während wichtige Stakeholder vor Ort wenig zu sagen hatten. Auch die Schweiz trug offenbar wenig bei und fungierte vor allem als Gastgeberin.

Inzwischen ist die Schweiz Mitglied der neuen Vermittlungsplattform „ALPS“ (*Aligned for Advancing Lifesaving and Peace in Sudan*), der auch die USA, Saudi-Arabien, Ägypten, die VAE, die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen angehören. Dieses Format bietet der Schweiz die Chance, stärker gestaltend aufzutreten. Ihre Aufgabe ist, auch der Zivilgesellschaft vor Ort zu einer starken Stimme zu verhelfen.

Die Motion verlangt vom Bundesrat, den im Sudan für Gewaltminderung, Vertrauensbildung und eine politische Konfliktlösung eintretenden Stakeholdern einen stärkeren Einfluss auf die laufenden Bemühungen um einen Waffenstillstand und Friedensgespräche zu verhelfen. Konkret soll er auf internationaler Ebene, insbesondere im UNO-Rahmen und in Zusammenarbeit mit der ALPS-Gruppe, auf eine Wiederaufnahme substantieller Initiativen zur Friedensförderung und von Verhandlungen drängen.